

Der Schul-Abwicklungs-Plan

Das größte Problem der Schulentwicklung ist der Senat!



Schulsenatorin Dinges-Dierig hat ihre „Schulentwicklungsplanung“ vorgelegt, die zuerst einmal eine Planung zur Abwicklung von Schulen und zum Einsparen von Geldern ist. Damit soll die betriebswirtschaftliche Anpassung an die zuvor verschlechterten Rahmenbedingungen vollzogen werden. Nach der Erhöhung der Kurs- und Klassenfrequenzen, Kürzung von Förder- und Teilungsstunden, Reduzierung der Stundenzuweisungen, Einschränkung der Lehr- und Lernmittelfreiheit, drastischer Kürzung bei der Sprachförderung und erheblicher Erhöhung der Arbeitsbelastung für Lehrer und Lehrerinnen durch beide Rechtssenate wird die Lüge der Senatorin durchschaubar, daß mit der Zusammenlegung von Schulen bessere pädagogische Bedingungen geschaffen werden sollten. Statt dessen soll jede Schule eigenverantwortlich sehen, wie sie mit ihrer Lage zurechtkommt und die Behörde forderte sogar dazu auf, andere Standorte zur Schließung vorzuschlagen. Unter verschärfter Konkurrenz in und zwischen den Schulen soll das neoliberale Menschen- und Gesellschaftsbild durchgesetzt werden, das die soziale Ungleichheit der Menschen durch Begabungs- und Leistungsideologie rechtfertigt. Um die Schüler nach ihren „Begabungen“ entsprechend ihrer späteren beruflichen Verwendung schon frühzeitig zu sortieren, soll die Dreigliedrigkeit des Schulsystems weiter fortgeschrieben werden.

Die Standortplanung des Senats soll die aus der sozialen Ungleichheit entstehenden Probleme notdürftig überdecken, die eigentlich zu grundlegenden Veränderungen im Schulwesen führen müssen. Deshalb zeichnet sich auch das Zustandekommen des Schulentwicklungsplans durch ein hohes Maß an Ignoranz gegenüber den demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten von Schülern und Schülerinnen, Lehrern und Lehrerinnen und Eltern aus. Für die gesellschaftliche Nützlichkeit der Bildung wäre hingegen ein Ausbau der demokratischen Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten erforderlich.

Die aufgeklärte Alternative zu Selektion und Marktzurichtung stellt den Menschen in den Mittelpunkt: Die universelle Entwicklungsfähigkeit des Menschen und die soziale Gleichheit als Grundlage für die umfassende Entfaltung und Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen in einer solidarischen Gesellschaft bilden dabei den Ausgangspunkt des fortschrittlichen Bildungsverständnisses. Die Schulentwicklungsplanung muß dafür die strukturellen Voraussetzungen schaffen. Das dreigliedrige Schulsystem gehört deshalb abgeschafft.

Aktuell notwendige Reformschritte müssen die soziale Durchlässigkeit und Integration fördern, die vorhandenen sozialen Ungleichheiten und bestehenden Benachteiligungen insbesondere von Behinderten und Migranten abbauen, die öffentliche Finanzierung solidarisch sichern sowie persönliche Förderung sozialer, kultureller und sportlicher Interessen durch Schaffung neuer Lehrerstellen und Arbeitszeitverkürzung gewährleisten. Dafür muß die integrative Ganztags Gesamtschule zur alleinigen Schulform werden. Die Überführung der bisherigen Schulform müßte im Schulentwicklungsplan angegangen werden. Die Überwindung der sozialen Ungerechtigkeit des gegliederten Schulsystems war jedoch nie Ziel des aktuellen Senats. Mit einem Senat, der Politik für soziale Ungleichheit macht, wird es bessere Schulen jedenfalls kaum geben. Nur gegen ihn.

Wir laden alle Interessierten ein, mit uns zu diskutieren, wie das zu erreichen ist.

Juso-Landesarbeitskreis Bildung
Freitag, den 12.11.2004 um 18.00 Uhr
im SPD-Kreishaus Eimsbüttel (Grindelberg 59)